

# Minarett-Verbot in der Schweiz sorgt für Besorgnis in Deutschland



Drucken



Weitersagen

30-11-2009 17:30:00



So soll die geplante Moschee in Köln aussehen. Das Referendum in der Schweiz hat die Debatte erneut angefeuert. Bild: Ditib/Paul Böhm Architekten :: ClickBild=Vollbild

Das am gestrigen Sonntag veröffentlichte Ergebnis der Volksbefragung in der Schweiz hat in ganz Europa eine Menge Kritik und Gegenrede erzeugt. Demnach soll es in der Republik der Eidgenossen zukünftig nicht mehr möglich sein, eine Moschee zu bauen. In der Mehrzahl gingen die Kommentatoren kritisch mit der Entscheidung im südlichen Nachbarland um. Türkeistämmige Politiker wie Kenan Kolat oder die Kölner Islamwissenschaftlerin zeigten sich in ersten Reaktionen „schockiert“ und „bedauerten“ die Entscheidung. Auch die beiden in Köln ansässigen Verbände Ditib sowie der Verband der islamischen Kulturzentren (VIKZ) haben das Ergebnis mit Besorgnis zur Kenntnis genommen.

Im Gegensatz dazu betonte der Vorsitzende des Innenausschusses im Deutschen Bundestag, Wolfgang Bosbach, dass die Entscheidung Ausdruck einer weit verbreiteten Angst vor einer Islamisierung der Gesellschaft ist. In diesem Sinne sei die Entscheidung der Schweizer ernst zu nehmen. Allerdings weiß auch Rechtsexperte Bosbach, dass in Deutschland eine solche Abstimmung weder möglich noch notwendig sei. Dafür Sorge das deutsche Baurecht, so Bosbach weiter. Allerdings wollte der CDU-Politiker nicht ausschließen, dass „einige Großbauvorhaben geplant werden, um zu zeigen, wie stark der Islam in Deutschland inzwischen geworden ist“. Ebenso wie konservativer Politiker äußerten sich auch Vertreter der neuen Rechten und des Zentralrats der Ex-Muslime mit mehr oder weniger ausgeprägtem Verständnis. „Das Minarett steht da nur als Symbol für eine begründete Furcht vor dem politischen Islam“, erklärte Mina Ahadi, Vorsitzende des Zentralrats der Ex-Muslime.

Im Gegensatz zu konservativen Kritikern des Islam äußerte sich die SPD kritisch zum Schweizer Urteil. Für den SPD-Rechtsexperten Sebastian Edathy ist die Entscheidung der Schweizer „sehr problematisch“. Das grundgesetzlich geschützte Recht auf freie Religionsausübung ziehe auch den Bau solcher Gotteshäuser nach sich. Deutlich heftiger die Kritik von den türkischen Verbänden. „Das Verbot bedeutet eine einschneidende Einschränkung für den Glauben, da man ihn damit nicht mehr öffentlich leben soll“, so der Ditib-Vorsitzende Sadi Arslan. Die Entscheidung werde der „Islamophobie“ weiter Vorschub

leisten, befürchtet der Verband der islamischen Kulturzentren e.V. (VIKZ). Wie die Ditib fordert auch der VIKZ ein deutliches Bekenntnis deutscher Politiker. Die Vertreter der beiden Verbände befürchten, dass die Entscheidung in der Schweiz die Vorurteile gegen den Islam nachhaltig verstärken werde. „Es ist Zeit für eine aktive Debatte und Auseinandersetzung zum Thema Islamfeindlichkeit“, so der VIKZ weiter. In einer Studie der Universität Bielefeld aus dem Jahr 2007 wollten 29 Prozent der Befragten Muslimen die Einreise komplett verbieten. 39 Prozent fühlten sich durch die Muslime als Fremde im eigenen Land. „Religionsfreiheit ist ein hohes Gute, das es zu schützen gilt“, so der Appell von Erol Pürlü vom VIKZ.

#### Social Bookmarks



#### Artikel kommentieren

- Erforderliche Felder sind mit \*markiert.

Name:

Email:

Betreff

Ihre Anmerkungen: \*

Kommentar!

[zurück](#)

#### Köln Nachrichten

- [Lokales](#)
- |
- [Neues aus NRW](#)
- |
- [Immobilien](#)
- |
- [Wirtschaft](#)
- |
- [Politik](#)
- |
- [Medien](#)
- |
- [Gesellschaft](#)
- |